

Präses Kurschus: Klimapolitik ist Friedenspolitik

Bielefeld (epd). Friedens- und Sicherheitsfragen dürfen nach Ansicht der westfälischen Präses Annette Kurschus nicht gegen Klimapolitik ausgespielt werden. Friedenspolitik sei Klimapolitik, genauso wie Klimapolitik auch Migrations- und Sozialpolitik sei, sagte Kurschus am Montag vor der Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen in Bielefeld.

Klima- und Sicherheitspolitik, die ihren Namen verdiene, werde nie zulasten, sondern stets „zugunsten der Armen in aller Welt und auch zugunsten der Armen in unserem Land geschehen können und müssen“, betonte die 59-jährige Theologin, die auch Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist. „Darauf werden wir kirchlicherseits achten, und daran werden wir erinnern.“ Der Klimawandel müsse auch vor dem Hintergrund einer internationalen Klimagerechtigkeit betrachtet werden.

Die westfälische Präses erinnerte an die biblische Fluterzählung, diese erweise sich „gegenwärtig als schaurige Wirklichkeit“. Damals wie heute sei es die Gewalt unter Menschen und die Gewalt zwischen den Geschöpfen, die sich zu einem weltumspannenden Chaos auswachse. „Der Krieg in der Schöpfung wird zum Krieg mit der Schöpfung und gegen die Schöpfung, und die zeigt sich schließlich ihrerseits von ihrer lebensfeindlich gewalttätigen Seite“, warnte Kurschus.

Mit Blick auf ein Klimakonzept der westfälischen Landeskirche, das auf der bis Mittwoch tagenden Synode beraten wird, sagte die Präses: „Wir wollen in diesen Tagen die Weichen dafür stellen und damit die finanziellen und personellen Voraussetzungen dafür schaffen, bis 2040 als gesamte Evangelische Kirche von Westfalen klimaneutral zu sein.“

In einem Synodenpapier wird vorgeschlagen, dass die Landeskirche ihre Kirchengemeinden kurzfristig unterstützt, um Maßnahmen zum Energiesparen zu ergreifen. Für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sollen in der Landeskirche flächendeckende Gebäude- und Energiedaten erfasst werden. Vorgeschlagen wird zudem, flächendeckend Klimamanagement-Stellen einzurichten.

Kurschus: Suizidassistentz nicht verurteilen

Bielefeld (epd). In der Diskussion über Sterbehilfe rät die westfälische Präses Annette Kurschus zu Wahrhaftigkeit und Fürsorge im Umgang mit Betroffenen. Die Lebens- und Sterbesituationen seien „weitaus vielschichtiger und mannigfaltiger, als dass sie sich in eine einfache Ja-Nein-Alternative fügen ließen“,

Landessynode